

# Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II., S. 421—428 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

4. Juli 1919

## Bund angestellter Chemiker und Ingenieure, Unternehmer und Verein deutscher Chemiker.

Zur Frage des Verhältnisses des Bundes zum Verein deutscher Chemiker haben wir folgende Zuschrift erhalten:

Der Bund der angestellten Chemiker und Ingenieure begegnet in manchen Kreisen einem Mißtrauen, das einer Unkenntnis der Sachlage und der Ziele des Bundes entspringt. Die Gründung des Bundes war eine unbedingte Notwendigkeit. Wenn eine solche Organisation nicht bestünde, würden standesfremde Angestellten- und Arbeitnehmerverbände die Interessen des angestellten Chemikers und Ingenieurs ohne seine Mitwirkung — und sicherlich nicht immer zu seinem und der Industrie Vorteil — vertreten. Um in Betriebsräten, Ausschüssen usw. vertreten sein zu können, ist nach gesetzlichen Verordnungen das Bestehen einer reinen Angestelltenorganisation notwendig. Es wäre aber sehr zum Schaden, sowohl des eigenen Standes als auch der Industrie, wollte der angestellte Chemiker und Ingenieur, der wenigstens Einblick in die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des technischen Wirtschaftslebens hat und ein hohes Verantwortungsgefühl besitzt, auf diesem Gebiete das Feld ganz anderen Kräften überlassen. — Nun soll aber der Bund angestellter Chemiker und Ingenieure nicht eine wirtschaftliche Kampforganisation sein, sondern eine Standesvertretung. Man darf ihn nicht mit Arbeitnehmerverbänden, die ohne Rücksicht auf das gesamte Wirtschaftsleben und seinen drohenden Zusammenbruch in maßlosen Forderungen wohl den augenblicklichen, scheinbaren Vorteil, nicht aber das dauernde Interesse seiner Mitglieder wahrnehmen, vergleichen, sondern mit einer Standesvereinigung wie z. B. der Ärzte. So wird es der Bund nicht allein zur Aufgabe haben, eine ausreichende wirtschaftliche Existenz seiner Mitglieder zu erstreben, sondern auch das Standes- und Verantwortlichkeitsgefühl zu pflegen. Ein Punkt sei als Beispiel erwähnt. Die Gesetzgebung wird über kurz oder lang die Aufhebung der Konkurrenzklausel bringen. Es wird auch im Interesse der Unternehmer liegen, es mit einem Chemiker- und Ingenieurstand zu tun zu haben, der die Verletzung des Geschäftsgeheimnisses, den Handel mit fremdem geistigen Eigentum, wodurch oft eigene Standesgenossen geschädigt werden, vorabschreit, die Gesamtheit der Chemiker und Ingenieure in einer Organisation vereinigt zu wissen, die das Standes- und Verantwortlichkeitsgefühl pflegt. Betrachtet man den Bund von dieser Seite der Standesfragen, dürfte die Vorstellung einer Gegnerschaft schwinden oder sich wenigstens mildern. Erfreulicherweise hat es den Anschein, als ob der Verein deutscher Chemiker die Hand zu einer friedlichen Behandlung der Standesfragen zwischen Unternehmern und dem Bund der angestellten Chemiker und Ingenieure bietet. Es wäre zu wünschen, daß der Verein deutscher Chemiker seine Aufgabe zur wissenschaftlichen Fortbildung des Chemikers und zur Mitarbeit an der Hebung des Chemikerstandes weiterhin erfüllen kann. Von dem Gesichtspunkte der Organisation des Bundes als Standesvertretung ist es zu wünschen, daß auch angestellte Chemiker, die in gesicherter Stellung einen Anschluß an eine rein wirtschaftliche Organisation für nicht notwendig halten würden, durch ihren Beitritt zum Bund an den Standesfragen regen Anteil nehmen würden.

Dr. Jung.

### Der Zusammenschluß der angestellten Chemiker.

Von Ed. W. Albrecht.

Während die Angestellten anderer Berufe, wie z. B. die Kaufleute (Handlungsgehilfen) schon seit Jahrzehnten zu großen Verbänden zusammengeschlossen sind, haben die angestellten Chemiker derartigen Bestrebungen bisher vollkommen fremd gegenübergestanden. Sie gehörten lediglich dem „Verein deutscher Chemiker“ oder der „Deutschen chemischen Gesellschaft“ an. Jetzt, wo das „Sich organisieren“ sozusagen in der Luft liegt, haben sich auch die Chemiker dazu aufgerafft; gleichsam, um das bisher Versäumte nachzuholen, ist nun aber nicht eine Vereinigung, sondern gleich eine ganze Anzahl derselben entstanden. Mancher Kollege mag ernstlich im Zweifel sein, welcher von diesen er sich anschließen soll, und nimmt infolgedessen einstweilen eine abwartende Stellung ein.

Durch diese Vielheit ist dem Hauptbestreben jeder derartigen Vereinigung, möglichst alle Interessenten zu vereinigen, von vornherein ein schwerer Schlag versetzt.

Charakteristisch ist auch für alle bisher entstandenen Chemikervereinigungen, daß sie einmal recht spezialisiert sein wollen,

indem eine z. B. nur die in der chemischen Industrie Beschäftigten aufnehmen, eine andere gar nur Chemikern in führenden Stellungen seine Tore öffnen will. Andererseits sucht aber wieder jede ihre Grenzen recht weit zu ziehen, indem eine auch Physiker, Ingenieure, Apotheker (die in der chemischen Industrie beschäftigt sind), eine andere auch Kaufleute, allerdings nur in gehobener Stellung, zu sich heranzuziehen sucht. Hierdurch entsteht nun mit Notwendigkeit von allem Anfang an das, was jeder Bund ja wohl vermeiden möchte, nämlich eine Zersplitterung.

Die beabsichtigte Klassifikation dürfte überhaupt in vielen Fällen Schwierigkeiten machen. Einmal: Was heißt chemische Industrie? Es gibt heutzutage z. B. Gerbereien, Brauereien u. dgl. Betriebe, die vorzüglich eingerichtete chemische Laboratorien besitzen, welche von akademisch gebildeten Chemikern geleitet werden, so daß auch sie zur chemischen Industrie gerechnet werden müßten, obgleich sie im allgemeinen nicht dazu gehören. —

Dann: Was heißt „Chemiker in leitender Stellung?“ Wohl jeder Chemiker nimmt eine mehr oder weniger leitende Stellung ein. Und wer soll entscheiden, ob sich ein Kaufmann in „gehobener Stellung“ befindet? Mancher Abteilungsleiter eines großen Werkes ist weit selbständiger als der Bureauvorstand einer kleinen Fabrik mit nur wenigen Arbeitskräften.

Und nun die Hauptfrage: Wer ist überhaupt unter den Chemikern Arbeitgeber und wer Arbeitnehmer? Jeder Laboratoriumsvorstand, Abteilungsleiter, Betriebsführer, dem einerseits eine Reihe von Angestellten und Arbeitern unterstellt ist, ist dadurch Arbeitgeber. Da er aber zugleich wieder von seinem Vorgesetzten abhängig ist, ist er in dieser Hinsicht auch wieder Arbeitnehmer. Und so geht das bis zum Direktor, ja bis zum Generaldirektor hinauf.

Einzelne sind der Ansicht, daß Betriebsleiter in die Vereinigung angestellter Chemiker aufzunehmen sind, Direktoren dagegen nicht — ich meine, beides sind häufig bloß verschiedene Namen für ein und dieselbe Stellung. Und ein Kollege, der heute noch Leiter einer Abteilung ist, kann morgen schon Betriebsleiter oder Direktor und Vorstandsmitglied sein, denn wohl jeder angestellte Chemiker hat das Bestreben, sich zur höchsten möglichen Stellung emporzuarbeiten, da er ja denselben Studiengang hinter sich hat, wie auch der oberste Leiter des Werkes.

Wenn eine der neu gegründeten Vereinigungen auch „Prokuristen, die nicht Unternehmerinteressen vertreten“, aufnehmen will, so möchte ich fragen, was geschieht mit den vielen Chemikern, deren Einkommen in erster Linie in einem Anteil am Reingewinn besteht. Vertreten diese keine Unternehmerinteressen? Ja, welcher Chemiker überhaupt, einerlei, ob er die Stellung eines Direktors mit oder ohne Prokura, oder die eines Betriebs- oder Laboratoriumschemikers einnimmt, vertritt nicht die Interessen des Unternehmers?

Zu alledem kommt noch, daß eine Haupttätigkeit der Angestelltenverbände in anderen Berufen, die Ausarbeitung von Tarifverträgen, für die Chemiker infolge ihrer so sehr verschiedenartigen Stellungen gar nicht in Frage kommt. Auch die Festlegung einer allgemein gültigen, bestimmten Arbeitsdauer ist für Chemiker, die z. B. als Betriebsleiter ununterbrochen arbeitender Betriebe tätig sind, ja gar nicht möglich, vielmehr kann dieses unbedingt nur von Fall zu Fall, und zwar von den Betreffenden selbst durch Übereinkommen geregelt werden. Was dann noch nachbleibt: Erhöhung der Einkommen im allgemeinen, Entwurf von Anstellungsverträgen in weiterem Rahmen, Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern — kann der Verein deutscher Chemiker, besonders nach der von Herrn Prof. Dr. Stock vorgeschlagenen zeitgemäßen Umformung recht gut leisten, vielleicht besser als eine Vereinigung der angestellten Chemiker, die doch nur einen Teil derselben umfaßt, neben Angehörigen verschiedener anderer Berufe, die ja doch unbedingt wieder Sonderinteressen haben würden.

Empfehlen möchte ich dem Vorstände des Vereins noch, dahin zu wirken, daß auch angestellten Chemikern, speziell den in Anfangsstellung befindlichen, von ihren Firmen reichlich Gelegenheit gegeben wird, den Hauptversammlungen des Vereins beiwohnen zu können, damit ein größerer Teil der Mitglieder als bisher auf denselben vertreten ist.

In bezug auf die Hebung, sowohl des Standesbewußtseins wie auch nicht minder des Einkommens der Chemiker, hat der „Verein“ unstrittig viel geleistet, trotzdem die vergangenen Zeiten für eine solche Tätigkeit nicht gerade günstig waren. Auch die seit vielen Jahren bereits bestehenden Angestelltenverbände anderer Berufe

hatten nach dieser Richtung hin kaum bessere Erfolge aufzuweisen. Weshalb sollte der Verein jetzt, in einer Zeit, die für solche Bestrebungen entschieden günstiger erscheint, nicht auch noch Besseres leisten?

Ich bin durchaus der Meinung, daß der neutrale Boden des „Vereins deutscher Chemiker“ sehr dazu geeignet ist, in voller Harmonie die Interessen aller seiner Mitglieder, und zwar nach jeder Richtung hin, zu vertreten. Deshalb halte ich es für falsch, noch erst wieder eine Reihe neuer Verbände und Bünde zu gründen, die einen großen Teil ihrer Arbeitskräfte mit gegenseitiger Bekämpfung und dem Abjagen von Mitgliedern vergeuden werden, und für das einzig Richtige, den Verein deutscher Chemiker durch Zuführung neuer Mitglieder weitgehend zu unterstützen, da ihm dadurch allein die Kraft gegeben wird, wirksam für die Interessen seiner Mitglieder eintreten zu können, überall, wo solches irgend erforderlich ist.

Auch möchte ich nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der Verein deutscher Chemiker in den 32 Jahren seines Bestehens sich bereits eine achtunggebietende Stellung erworben hat, und dieses hat er den neu gegründeten Verbänden entschieden voraus, was durchaus nicht zu unterschätzen ist.

## Chemische Industrie und Siedelung.

In dem Artikel „Chemische Industrie und Siedelung“ von Hanns Fischer (s. S. 381) ist eine Bemerkung enthalten, die von solcher Wichtigkeit ist, daß eine weitere Behandlung sehr wünschenswert wäre. Fischer sagt: „Wenn man dort z. B. von den notwendigen Kanalisationen als heute aus Mangel an Arbeitskräften undurchführbar sprach, so zeigt dies nur, daß niemand anwesend war, der die Schädlichkeit solcher Einrichtungen kannte und darauf hingewiesen hätte, daß der ernste Siedler durchaus garnichts hat, was er weggeschwemmt sehen möchte.“

In meinem Buche „Die Verunreinigung der deutschen Flüsse durch Abwässer“ (Berlin 1914 bei Kurt Amthor) habe ich hierüber ausführlich gesprochen. Ich habe dort darauf hingewiesen, daß der Wohlstand eines Volkes direkt mit der Ausnützung seiner Abfallstoffe zusammenhänge und daß die beste Ausnützung der Dungstoffe sich gerade bei denjenigen Völkern fände, die sich durch hohe und lang andauernde Kultur ausgezeichnet hätten. Nachweise hierfür sind in der Literatur vorhanden. Es handelt sich nicht bloß um Stickstoff, sondern auch um Phosphorsäure. Einwände, daß der Luftstickstoff doch jetzt nutzbar gemacht würde, kann ich nicht gelten lassen. Natürliche Dungstoffe sind meines Erachtens absolut unersetzlich. Ich sagte in meinem Buche, die Regierung solle eingreifen und die Industrie dahin bringen, die ungeheuren Mengen Phosphorsäure und stickstoffhaltigen Stoffe, die in den Abgängen sich befinden, nutzbar zu machen, im höchsten Interesse des allgemeinen Wohles. Ganz abgesehen davon, daß hierdurch die katastrophalen und immer schlimmer werdenden Zustände durch die Verunreinigung der Flüsse und Kanäle sehr bald gebessert oder ganz beseitigt würden, wäre eine Geldquelle erschlossen, die gerade jetzt für uns von vitaler Wichtigkeit sein müßte. Das energische Anfassen dieses Problems scheiterte früher an der Denkfaulheit der Regierenden und der Anmaßung ihrer alles besser wissen wollenden, alles besser könnenden hochmütigen bürokratischen Organe. Jetzt weht eine frische Luft in Deutschland, und es wäre zu wünschen, daß sich die berufenen Vertreter dieser Idee, und wir haben eine Reihe hervorragender Köpfe in Deutschland, mit der Beseitigung der Schwemmkanalisation und mit der Nutzbarmachung der Abfallstoffe befassen.

Dr. H. Zellner.

Nachschrift der Schriftleitung: Auch wir erachten die vollständige Erfassung der menschlichen und tierischen Exkremente für Düngierzwecke, ganz besonders wegen der darin enthaltenen Phosphorverbindungen, für ein dringendes Gebot der Stunde. Leider hat aber die neue Regierung bisher noch keine besondere Tatkraft für die Beseitigung von bürokratischen Hinderungen bei notwendigen Reformen bewiesen. — R.

## Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

**Argentinien.** Vom 1./4. 1919 ab werden für die nachstehend genannten Waren die folgenden Ausfuhrzölle erhoben: Quebrachoholz in Stämmen 2,088, Quebrachoholzauszüge 5,04, Häute, gesalzen 11,769 (je t in Pes.). Im übrigen bleiben die Ausfuhrzölle unverändert. („Nachrichten“ 129, 1919.)

— Das Finanzministerium hat eine Verordnung erlassen, nach der die Ausfuhr von denaturalisiertem Alkohol verboten ist. (Bern, nach „La Nacion“.)

**Niederländisch-Indien.** Die Ausfuhr von Chinarinde, Chinin, Chininsalzen, Zinn und Zinnerzen, Tee,

Pfeffer, Kaffee, Copra, Erdöl und Erdnüssen ist nur mit besonderer Genehmigung des Generalgouverneurs gestattet. Die Ausfuhr von Kapok und anderen Faserstoffen, Hölzern, Tabak, Zucker, Pflanzenölen, Ölsaaten außer Erdnüssen, Gerbstoffen, Häuten und Fellen, Kautschuk und Guttapercha ist wieder freigegeben. Hh.

**England.** Laut Bekanntmachung des „Board of Trade“ sind die Einfuhrbeschränkungen für gewisse Holzwaren, Aluminiumplatten und -stangen, für alle Arten von Eisen- und Stahlwaren, soweit diese nicht anderweit besonders genannt sind, sowie für Torfstreu aufgehoben. („Nachrichten“ 129, 1919.)

— Laut Verordnung vom 30./5. 1919 sind die Ausfuhrverbote für Bariumsulfat, Kupfer und Kupferlegierungen, Kupfererz, Regulus, Matte, Konzentrat und Präzipitat; Eisenkiese aufgehoben worden. („The London Gazette“ vom 30./5. 1919.)

**Frankreich.** Einfuhrerleichterungen und Erhebung von Wertzuschlagszöllen. Ein Dekret der französischen Regierung vom 14./6. 1919 bestimmt folgendes: 1. Den französischen Einfuhrverboten unterliegen vorläufig noch folgende Waren: Wein, Weinmost, Trockenbeerwein und andere Getränke (Tarif-Nr. 173 bis); Kohle; Natron und kohlensaures Natron; chemische Produkte (Nr. 280), hergeleitet aus Kohlentee; ebenso Farbstoffe (Nr. 294); Parfümerien; medikamentöse alkoholische Lösungen; alle Garne; Gewebe; Zeitungspapier; 2. Waren, deren Einfuhr an besondere Bestimmungen geknüpft ist: destillierte Getränke und Alkohol; Saccharin; pharmazeutische Spezialitäten, welche nicht in einer offiziellen Pharmakopoe aufgeführt sind; 3. Alle vorstehend nicht genannten Waren sind zur Einfuhr freigegeben. Ein zweites Dekret, gleichen Datums, bestimmt, daß mit Rücksicht auf die Wertsteigerung der Waren im allgemeinen und auf den Schutz der französischen Inlandsindustrie im besonderen außer den bisherigen Zollansätzen Wertzuschläge erhoben werden von 5 bis zu 20% für Waren, die dem Vertragstarif unterliegen, und von 10 bis zu 40% für Waren, die dem Generaltarif unterliegen. („N. Z. Z.“)

— Durch Verordnung der französischen Regierung vom 7./6. 1919 ist die Verordnung vom 2./3. 1916 (s. S. 357) betreffend das Einfuhrverbot für Zucker in Mehlform oder Rohrzucker und geläuterten Zucker ausländischen Ursprungs oder ausländischer Herkunft wieder aufgehoben worden. („Le Bulletin“ vom 7./6. 1919.)

**Schweiz.** Durch Verfügung vom 10./6. 1919 sind die Verfügungen vom 19./3. 1918 (Angew. Chem. 31, III, 138 [1918]) und vom 19./8. 1918 (Angew. Chem. 31, III, 461 [1918]) betreffend den Verkehr mit Farbstoffen, mit Wirkung vom 15./6. 1919 ab, aufgehoben worden. („Schweizerisches Handelsamtsblatt“ vom 13./6. 1919.)

— Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement hat sämtliche bisher erlassenen Verfügungen über die Papierversorgung des Landes aufgehoben. („Neues Wiener Tagblatt“ vom 1./6. 1919.)

**Norwegen.** Nachdem das britische Handelsministerium alle Beschränkungen der Ausfuhr nach Norwegen aufgehoben hat, werden die Einfuhrzentralen des Staates mit Ausnahme der Metallzentrale aufgehoben. Die Ausfuhr bleibt jedoch nach wie vor den bisherigen Bestimmungen unterworfen. („Verdens Gang“ vom 6./6. 1919.)

**Lettland.** Zolltarif vom 26./3.—2./4. 1919. Die Zölle werden in Prozentsätzen von dem Fakturenwerte der eingeführten Waren erhoben. Zollsatz 2% für: Künstliche Düngemittel (Tarif-Nr. 12); Salz (Nr. 14); Eisen und Stahl, unbearbeitet (Nr. 18); Petroleum (Nr. 19); Steinkohlen (Nr. 20); Holz, Rinde und Auszüge aus Pflanzen, zu Gerbereizwecken (Nr. 23); Ölsamen (Nr. 27); Farbholz (Nr. 28); Häute, unbearbeitet, gesalzen und getrocknet (Nr. 30); Rohgußeisen (Nr. 31). — 5% für: Teer (Nr. 36); Rohbaumwolle (Nr. 37); Maschinenöl (Nr. 38); Benzin (Nr. 39); Graphit (Nr. 40); Rohgummi (Nr. 41); Asphalt (Nr. 45); Asbest (Nr. 46). — 10% für: Seifen, einfache (Nr. 55); Chemikalien (Nr. 72); Kalk (Nr. 74); Drogen (Nr. 79); Gips (80); Zement (Nr. 81); Leim (Nr. 82). — 15% für: Ruß (Nr. 88); Pflanzenöl (Nr. 89); Wachs (Nr. 90); Hopfen (Nr. 94); Essig (Nr. 95). („Nachrichten“ 128, 1919.)

**Tschechoslowakischer Staat.** Nach einer Regierungsverordnung ist der Handel mit ölhaltigen Produkten freigegeben. („Prager Tagblatt“ vom 28./5. 1919.)

**Deutschland.** Der Außenhandelsstelle der Lederwirtschaft ist nunmehr durch die vorgesetzte Behörde die selbständige Entscheidung über alle Ein- und Ausfuhranträge übertragen worden, die sich auf Gerbstoffe, Häute und Felle, Leder, Lederwaren beziehen. Die Geschäftsräume der Außenhandelsstelle der Lederwirtschaft befinden sich in Berlin, Königgrätzer Straße 30. („Frkf. Ztg.“)

## Marktberichte.

**Über die Lage des amerikanischen Eisen- und Stahlmarktes.** Der Umfang des neuen Geschäftes und die Produktionsrate von Stahl haben sich nur wenig geändert. Der Rückgang der unerledigten Aufträge beim Stahlrüst brachte den interessierten Kreisen keine Überraschung; man erwartete eine noch etwas niedrigere Ziffer, als die bereits gemeldete. Anscheinend ist sogar die Maiausfuhr kleiner, als man vermutete. Die Nachfrage nach 20 000 t basischem Roheisen, die für Wales bestimmt sind, wurde viel mehr kommentiert und als viel aussichtsreicher bezeichnet als die meisten Ausfuhrabschlüsse, die in letzter Zeit erfolgt sind. — Nach einem weiteren Berichte zeigt sich die Besserung am Stahlmarkt jetzt deutlicher, namentlich in den Berichten der Werke im Mittelwesten. Das Ausfuhrgeschäft ist lebhaft, besonders sind in Japan gute Käufer. Die Herabsetzung der Frachtraten nach England um 2—3 Doll. macht den britischen Markt und den amerikanischen Stahlhandel bedeutend zugänglicher. Während die Nachfrage für Roheisen anhaltend sehr lebhaft ist, ist die Unternehmungslust am Stahlmarkt allgemein etwas weniger rege als vor zwei Wochen. (Nach „Iron Age“) Wth.

**Lage der Basler chemischen Industrie im Jahre 1918.** In den Fachberichten der Basler Handelskammer wird u. a. folgendes ausgeführt: Die Anilinfarben- und Extraktfabrikation litt im allgemeinen nicht an Rohstoffmangel. Auch die Brennmaterialienversorgung erfolgte zwar in eingeschränktem, aber immerhin ausreichendem Umfange. Erst gegen Jahreschluß mußten sämtliche Betriebe wegen Kohlenmangels 14 Tage stillgelegt werden. Beim Absatz machten sich die neuen Wettbewerber, insbesondere Amerika, bemerkbar. Die Preise gingen auch nach Abschluß des Waffenstillstands nicht zurück. Die schwierige Lage der Industrie hatte bisher schon mehrfach zu gemeinsamem Handeln aller Basler Farbenfabriken und in neuerer Zeit zu einem engen Zusammenschluß einzelner geführt (s. a. Angew. Chem. 31, 478 [1918]). So ist eine Interessengemeinschaft zwischen der Gesellschaft für chemische Industrie, der chemischen Fabrik vorm. Sandor und J. R. Geigy A.-G. hergestellt worden, und weiter hat die Firma Durand und Huguenien A.-G. die chemische Fabrik E. Stickelberger & Co. übernommen. In technischer Hinsicht wurde die Herstellung einer Anzahl neuer Erzeugnisse eingeleitet. Der Erzeugung von synthetischem Indigo standen mancherlei Schwierigkeiten, insbesondere der Mangel an Kohle und Essigsäure im Wege. Auch machte sich beim Absatz der Fabrikate der englische und amerikanische Wettbewerb stark fühlbar. Die Nachfrage nach Gerbstoffextrakten hat nachgelassen. Die Schwierigkeiten in der pharmazeutischen Chemie haben sich im Jahre 1918 vermehrt. Die Beschaffung der Rohstoffe und der Absatz der Erzeugnisse litten unter Frachtraummangel, unter dem allgemeinen amerikanischen Einfuhrverbot, dem S. T. S.-Abkommen mit Deutschland (vom 15./8. v. J.), unter Verkehrsschwierigkeiten mit den nordischen Ländern und dem Ausfall des russischen Marktes. Die Preise für die Erzeugnisse sanken hauptsächlich infolge der wachsenden Erzeugung der Ententestaaten. Die Preise für die Rohstoffe stiegen zum Teil. — Für die Zukunft rechnet der Bericht mit einer großen, für die Basler Industrie günstigen Zurückhaltung der Ententestaaten gegenüber den deutschen Erzeugnissen und bezeichnet es als sehr wichtig, die Industrie vor ausländischen Neugründungen zu schützen und zu verhindern, daß schweizerische Erzeugnisse mit deutschen verwechselt würden. („Basler Nachrichten“ vom 28./5. 1919.) om.

**Die Lage des chemischen Marktes in England.** Die Preise für chemische Produkte bewegen sich nach englischen Berichten auf absteigender Linie, das ist bis zu einem gewissen Grade den amerikanischen Zufuhren zuzuschreiben, die beispielsweise besonders groß in Borax sind. Sodanitrat ist infolge der großen Regierungsverkäufe stark im Preise gefallen, wodurch die Spekulation, die bisher eine bedeutende Position innehatte, verdrängt wurde. Technische Chemikalien sind nun reichlich auf dem Markte vorhanden. Sodabichromat, in der Wollindustrie stark verlangt, wird von Amerika zu 9 d, also nur 1 d über dem letztjährigen Preis, offeriert. Pottascheprodukte werden reichlich angeboten. Es heißt, daß Alkaliwerke im großen Stile in Australien ihrer Betriebseröffnung entgegengehen, wodurch der englische Markt stark beeinflusst wird. Einzig in Farbstoffen ist die Lage noch nicht geklärt, namentlich da sich herausgestellt haben soll, daß die deutschen Lager bei weitem nicht so groß sind, als man erwartete. („Schweizer Export-Revue.“) Gr.

**Ölsaaten und Öle (24./6. 1919).** Die Lage für Ölsaaten, Ölfrüchte und Öle war am Weltmarkt während der verflossenen vier Wochen andauernd sehr gespannt und dürfte sich während der nächsten Zeit wohl erst recht weiter verschärfen. Die Anbauländer haben erhebliche Preissteigerungen eintreten lassen, was ihnen bei der Lage Europas im allgemeinen weiter nicht schwer fiel. Was in dieser Beziehung nun hinter uns liegt, kann uns jetzt zunächst wenig interessieren, desto mehr aber müssen wir uns die Frage vorlegen, wie sich der Markt in den nächsten Monaten gestalten wird. Ziemlich regelmäßige Verarbeitung von Ölsaaten und Ölfrüchten war seit der Beendigung des Krieges nur in England möglich, wogegen in allen anderen europäischen Ländern großer Mangel an Öl und Fettstoffen

fortbesteht. Dieser Mangel wird insofern etwas gemildert, als wir uns in der Jahreszeit befinden, wo Ölsaatkuchen als Kraftfutter im großen und ganzen weniger begehrt sind als in der anderen Hälfte des Jahres. Würde auch der Bedarf an Ölsaatkuchen auf das Winterhalbjahr eingestellt sein, so wäre die Nachfrage nach Rohstoffen der Ölsaatenindustrie in allen Ländern wesentlich größer als heute, und die Preise würden noch weit mehr anziehen, andererseits wäre allerdings auch die Ölproduktion erheblich größer, aber dieser Umstand würde bei dem in Europa herrschenden Hunger nach Öl und Fettstoffen wohl weniger eine Rolle spielen. Nachdem jetzt der Frieden formell geschlossen ist und die Blockade aufgehoben wird, wird auch Deutschland seine Stimme als Käufer am Weltmarkt wieder in die Wagschale werfen. Die Frage der Bezahlung scheint sich doch leichter zu regeln, als wir bisher annehmen durften, wobei wir vor allen Dingen jetzt gewisse Hoffnungen auf Verbesserung unserer Valuta nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Die im Laufe des Berichtsabschnittes eingetretene Preissteigerung aller Ölsaaten und Öle am Weltmarkt überhaupt ist jedenfalls das Vorspiel zum Friedensschluß, zur endlichen Aufhebung der Blockade und zu der aus Deutschland zu erwartenden Nachfrage. Über die Lage der überseeischen Märkte sind wir diesmal nur unregelmäßig unterrichtet, was bei der Umständlichkeit der Verbindungen weiter nicht verwunderlich ist. Die veränderte politische Lage kann auf die Entwicklung der Marktlage nicht ohne Einfluß bleiben, und wir sind sehr gespannt, wie sich die Preise weiter verhalten werden. Im Laufe der Berichtsperiode sind sie ganz erheblich gestiegen, übersichtliche Angaben aus den letzten Wochen lagen nicht mehr vor. Soweit die Meldungen vom La Plata reichten, sind die Vorräte an Leinsaat in den dortigen Häfen von 75 000 auf 100 000 t angewachsen. Allem Anschein nach war man aber über Verschiffungen auch an den englischen Märkten aus irgendwelchen Gründen nicht unterrichtet. Betrug der Leinsaatpreis nach dem vorigen Bericht bereits 24,35 Papierpesos, so wurden später bereits bis zu 25,55 Pesos für die 100 kg cif Buenos Aires verlangt. Nach den Verhältnissen an den argentinischen Getreidemärkten sollte man annehmen, daß die Farmer zur Ausdehnung des Anbaues von Leinsaat in diesem Jahr alle Veranlassung hätten. Mehr Überraschung bereitete jedoch die Preissteigerung für Leinsaat in Nordamerika, wo die Anbauverhältnisse in diesem Jahr höchst ungünstig zu liegen scheinen. In Duluth stieg beispielsweise der Preis für Leinsaat auf Lieferung im Juli auf 4,84 und im Oktober auf 4,50 Doll. für 1 Bushel. Die Vorräte sind dort knapp und weitere Preiserhöhungen wohl mit Sicherheit anzunehmen. Die erheblichen Preissteigerungen in England für Ölsaaten und Öle im allgemeinen kommen gerade nicht überraschend. England liefert vorzugsweise an die Alliierten, welche ebenso wenig Vorräte von Ölsaaten und Öl besitzen wie wir, richtet seine Blicke außerdem aber auch nach dem besetzten Gebiet, mit welchem der Verkehr bisher schon möglich war. Nach Aufhebung der Blockade wird auch die Einfuhr nach dem gesamten Deutschland in Frage kommen. Die Leinsaatpreise stiegen in London auf 36—40 Pfd. St. für 1 t. Ihnen folgten naturgemäß auch die Preise von Leinöl, das schließlich zwischen 116—120 Pfd. St. je t kostete. Ausfuhr von Leinöl aus Holland war bis jetzt noch verboten, doch dürfte darin nun auch eine Änderung eintreten. Die Preise für Leinöl in Holland lehnen sich an die englischen Preise an und lauten gegenwärtig auf 112—115 Gld. für 100 kg. Mit der Möglichkeit der Ausfuhr von Leinöl nach Deutschland werden die Preise voraussichtlich anziehen. Baumwollsaaten und Rübsaaten waren in England in der letzten Zeit knapp, weil die Zufuhren von Ägypten und Indien versagten. Auch die Preise dieser Sorten sind bedeutend gestiegen. Rübsaat je nach Herkunft kostete 30—38 und indische Baumwollsaat 19 Pfd. St. die t. Rübsöl ist in Holland kaum angeboten und kostet in England im Großhandel 105—108 Pfd. St. je t. In New York sind die Preise für Baumwollsaatöl im Laufe des Berichtsabschnittes gleichfalls stark gestiegen. Rohes Öl kostete vor nicht langer Zeit noch 17½ Doll., in den letzten Monaten aber bereits 25 Doll. Von den sonstigen Ölsorten war sowohl in England wie in Holland die Nachfrage nach Kokosöl sehr stark, dessen Preise auch sehr gestiegen sind. Japanisches Bohnenöl wird zum größten Teil nach Nordamerika verschifft, so daß davon auch an den englischen Märkten nur wenig Angebot vorlag. Nach Holland gelangte etwas Bohnenöl für technische Zwecke, das zur Verarbeitung den Seifenfabriken überwiesen wurde. Im besetzten Gebiet mehrte sich das Angebot auf Ölsaaten und vor allen Dingen auf Lieferung von Öl, wofür feste Preise jedoch nicht genannt werden. Andererseits werden aber auch gewisse Erzeugnisse, wie Seife, in jeder Menge angeboten, welche ausschließlich aus England stammt, ein Zeichen, daß es mit der Lieferung von Rohstoffen schlecht aussieht, und der Verband tunlichst das Bestreben hat, uns seine Erzeugnisse zu liefern.

Die Margarineindustrie hat mit der Beschaffung von Rohstoffen jedoch bereits gewisse Erfolge erzielt. Die Einfuhr aus in Holland lagernden Vorräten hat begonnen, so daß anzunehmen ist, daß alle deutschen Fabriken in den nächsten Monaten wieder in Betrieb kommen werden. Unter dem Einfluß der ungünstigen Valuta sind die Preise der gekauften Rohstoffe noch enorm teuer, so daß mit einer

wesentlichen Verteuerung der Erzeugnisse der Margarine- und Speisefettindustrie gerechnet werden muß. Als ein bedenkliches Zeichen unserer ungesunden Wirtschaftspolitik muß es angesehen werden, daß die Landwirtschaft eine Erhöhung der Milchpreise auf 80 Pfg. bis 1 M das Liter verlangt, obwohl sie während des Krieges gewaltige Gewinne erzielt hat. Die Margarinepreise werden aber aller Voraussicht nach so bemessen sein, daß der Verbrauch von Naturbutter bei solchen Milchpreisen erheblich abnehmen wird. Mit einer wesentlichen Verbesserung unserer Fettversorgung infolge zunehmender Belieferung der Margarinefabriken mit Rohstoffen kann schon in nächster Zeit gerechnet werden. *m.*

**Die Lage der internationalen Textilindustrie.** In Nordfrankreich und ebenso in Belgien sind verschiedene Baumwoll- und Leinenspinnereien und Webereien wiederum in Betrieb gesetzt worden. Die Lieferung des Rohmaterials geschieht zum größten Teil aus Amerika und aus England. In Italien hat die Wollindustrie mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch in der Baumwollindustrie sind die Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch nicht beigelegt. Die Berichte aus der Schweizerischen Baumwollindustrie lauten günstiger. Die Wollindustrie soll über große Lagerbestände verfügen. Aus Japan wird berichtet, daß die Vorräte nicht nur in Baumwolle und Wollwaren, sondern auch in Seidenwaren sehr große sein sollen, und daß infolgedessen die Preise gedrückt werden. Ähnliche Berichte liegen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika vor. Die allgemeine Lage der Textilindustrie in Spanien ist nicht günstig, desgleichen sollen die Verhältnisse in der portugiesischen Textilindustrie sehr verworren sein. Unter verhältnismäßig befriedigenden Verhältnissen arbeitet die Textilindustrie in Skandinavien. Die Baumwollspinnereien im Tschecho-Slowakischen Staate haben sich größere Mengen von roher Baumwolle gesichert. Auch den österreichischen Baumwollspinnereien hat man Rohstoff zugesagt. („Rh.-W. Ztg.“) *Wih.*

**Vom Baumwollmarkt (24./6. 1919).** Seit der Tatsache des Friedensschlusses hat die Textilindustrie an der Marktlage im Auslande natürlich ein wesentlich größeres Interesse, als dies bisher der Fall war. Rückt doch die Möglichkeit der Einfuhr unmittelbar aus den überseeischen Produktionsländern oder mit Hilfe der Neutralen tatsächlich in greifbare Nähe, wenn die Aufhebung der Blockade nun nicht länger auf Schwierigkeiten stößt. Im Augenblick liegt eine Äußerung der Verbandsmächte über die Aufhebung der Blockade noch nicht vor. Den Spinnereien bei uns konnte in den letzten Wochen wiederum etwas Rohware überwiesen werden, so daß der Betrieb in begrenztem Umfang weitergeführt wurde. Die Betriebe im besetzten Gebiet bemühen sich tunlichst um die freie Beschaffung von Rohstoffen und haben darin in der letzten Zeit auch einige Erfolge erzielt, so daß die Lage der Textilindustrie günstiger ist als die im unbesetzten Gebiet. Auch der Verkehr mit Textilerzeugnissen im allgemeinen hat im besetzten Gebiet bereits lebhaftere Formen angenommen, er erstreckt sich zum Teil schon auf das unbesetzte Gebiet. Das Verbot der Ausfuhr aus dem besetzten Gebiet kummert die Hersteller und den Handel wenig, da die Besatzungsbehörden übrigens beide Augen zudrücken. Dieser Zustand kann auf die Dauer natürlich nicht so bleiben, wenn die Industrie im unbesetzten Gebiet nicht schwer geschädigt werden soll. Hoffentlich bringt die Wendung in der politischen Lage nun auch durchgreifende Änderung unserer wirtschaftlichen Lage, was aber zunächst ganz von der Aufhebung der Blockade abhängt. Mit der Herstellung von Papiergespinnsten geht es jedoch schnell bergab, obwohl es bei der schwierigen Lage des Baumwollmarktes wohl kaum ratsam ist, die Herstellung gewisser Gegenstände für den täglichen Gebrauch nun ganz einzustellen. Wenn nicht eine wesentliche Besserung unserer Valuta eintritt und die Arbeitslöhne auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt werden, werden Textilerzeugnisse an unseren Märkten gegen ausländische Ware kaum konkurrieren können. Schon jetzt werden wir mit Textilwaren aus den Verbandsländern geradezu überschwemmt, die verhältnismäßig billig sind. Für untergeordnete häusliche Zwecke sind Kleidungsstücke aus Papiergarn sehr gut zu verwenden. Wer sie nicht kennt, mache nur einmal den Versuch damit. Mit Rücksicht auf die Friedensverhandlungen während der Berichtsperiode und die ungünstigen Nachrichten, welche von Zeit zu Zeit aus den Baumwollanbaugebieten in Nordamerika eintrafen, hatten wir uns auf wesentlich erheblichere Preissteigerungen gefaßt gemacht, als sie gegen Ende des vorigen Berichtsabschnittes schließlich zu verzeichnen waren. Es will uns scheinen, als wenn die Aussichten der nordamerikanischen Ausfuhr auf Erzielung hoher Preise keineswegs so günstig sind, wie die Berichte von drüben seither im allgemeinen vermuten ließen. Es besteht nämlich in der Union die Absicht, große feuersichere Lagerhäuser zur Aufbewahrung von Baumwolle zu bauen, um die Vorräte bei den Banken leichter beileihen zu können. Daraus muß man schließen, daß man die Absatzmöglichkeit nach Europa vorläufig gerade nicht für besonders günstig ansieht. England, Japan und Amerika besitzen zweifelsohne große Vorräte von Baumwollwebwaren, während der deutsche Markt infolge der ungünstigen Valutaverhältnisse zunächst noch wenig aufnahmefähig ist. Die Notierungen erfuhren im Laufe der Berichtsperiode zwar ansehnliche Steigerungen, mußten später indessen

wieder erheblich nachgeben. Reichliche Feuchtigkeit hat die Entwicklung der Baumwollpflanzungen zum Teil erheblich verzögert, zum Teil, wie in Südkarolina, auch vernichtet. Zeitweise war die Ausfuhr nach Europa zwar sehr umfangreich, doch werden die Frachtschwierigkeiten noch längere Zeit nachwirken. Sobald die Blockade aufgehoben sein wird, was beim Erscheinen dieser Zeilen wohl sicher der Fall ist, werden die Neutralen zunächst als Käufer die nordamerikanischen Märkte aufsuchen. — Unkraut und Ungeziefer in Verbindung mit Arbeiterschwierigkeiten erschwerten das Fortkommen der Pflanzungen, so daß den weiteren Berichten mit berechtigtem Interesse entgegengesehen wird. In der Schlußwoche auteten die Witterungsberichte günstiger, und die Zufuhren übertrafen die Erwartungen, die Preise gaben daraufhin nach. An der New Yorker Börse notierte greifbare Middling 32, Juni 30,85, Juli 31,05, August 30,85, September 30,90, Oktober 30,40, November 30,20, Dezember 30,10, Januar 29,95, Februar 29,85 und März 29,80 Cents das Pfund. In New Orleans waren schließlich folgende Preise angegeben: Vorrätige Middling 31,63, low Middling 26,88, good ordinary 22,13, Juli 31,65, Oktober 30,30, Dezember 29,73, März 29,45 Cents. Zeitweise lag zwar große Nachfrage nach Ware für Deckungszwecke vor, doch konnte dies den neuerlichen Rückgang der Preise nicht aufhalten. Unter ausländischen Aufträgen befanden sich auch solche für japanische Rechnung. Von den Spinnern wurde greifbare Ware in größeren Posten gekauft. Auch an den englischen Märkten stiegen die Preise zunächst erheblich, mußten sich später aber nach den Vorgängen an den amerikanischen Märkten ansehnliche Abstriche gefallen lassen. Die Beschäftigung der Spinner und Weber hat sich nach englischen Berichten gebessert. Am Liverpooler Markt notierte vorrätige amerikanische Middling 19,22, fully Middling Juni 19,32, Juli 19,01, September 18,44, Oktober 18,19, Januar 17,70 und ägyptische Baumwolle auf Juni 27,09 Pence für 1 Pfund. *p.*

**Vom Krefelder Seidenmarkt.** Obgleich aus Italien die Nachricht gekommen ist, daß die Grenzen dieses Landes nunmehr geöffnet und die Einfuhr von Rohseiden in das besetzte Gebiet Deutschlands freigegeben sei, hat sich der Verbrauch nicht mit der erwarteten Begier auf diese Möglichkeit gestürzt; es wird noch von keinen nennenswerten Abschlüssen in den plötzlich freigewordenen Seiden gemeldet. Die Fabrik steht dem neuen Ereignis scheinbar noch abwartend gegenüber. Der Eingang der lange erwarteten französischen Sendungen erfolgt jetzt flotter als bisher; auch werden im Laufe der Woche wieder ansehnliche Geschäfte in Seiden französischer Herkunft gemacht, und zwar, da Vorräte nicht mehr vorhanden, in Lieferungsware für Juli und August. Die gegen die Vorwoche wesentlich höheren Preise wurden glatt bewilligt. Japanseiden, die in erster Linie stehen, erfahren einen Aufschlag von 5 Fr. — Das Geschäft in Schappe blieb still und die Preise unverändert. („Rh.-W. Ztg.“) *Wih.*

**Berichtigung:** Im Marktbericht über Harze, Peche und Öle, Heft 45, S. 361, muß es „Kienöl“ anstatt „Kreuoel“ heißen.

## Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Die französischen Petroleumraffinerien haben im März 1918 im Einverständnis mit der Regierung ein Syndikat „Le Consortium pétrolier“ mit einem Kapital von 30 Mill. Fr. gegründet. Sie haben sich gegenseitig verpflichtet, nirgends anders als vom französischen Staat zu kaufen. Der Vertrag hat Gültigkeit bis sechs Monate nach Friedensschluß. Von den Vorräten an Petroleum wird gesagt, daß sie nur für ein Vierteljahr ausreichen. („Ag. Econ. et Fin.“ vom 24./5. 1919.) *dn.*

Unter dem Namen **Wirtschaftliche Vereinigung niederrheinischer Textilindustrieller** hat sich mit dem Sitze in M.-Gladbach eine Vereinigung gebildet, die die Erledigung der Aus- und Einfuhr der Waren ihrer Mitglieder, die Durchführung der Transporte, sei es in geschlossenen Wagen oder als Sammelgut, aus dem besetzten Gebiet und in dasselbe sowie die Erledigung der hierfür erforderlichen Formalitäten bei der Besatzungsbehörde übernimmt. Die Vereinigung hat früher unter anderem Namen die Ausfuhr von Papiergeweben, Papiergarnen, Papierkonfektion und Mischgeweben in großem Umfang vermittelt. („Rh.-W. Ztg.“) *Wih.*

## Aus Handel und Industrie des Auslandes.

### Allgemeines.

**Vereinigte Staaten.** Der Vorschlag, die Kalfuhr mit einem besonders hohen Zollsatz zu belegen, stößt auf vielfachen Widerstand. Selbst die hiesige „Tribune“, die älteste Vorkämpferin des Protektionismus, erklärt sich nicht damit einverstanden aus Rücksicht auf die Bedürfnisse der amerikanischen Landwirtschaft. („Frankf. Ztg.“) *ar.*



— Sorge vor möglicher **Einfuhr deutscher Chemikalien** bemächtigt sich der Farbstofffabrikanten durch eine neue Verordnung des Kriegshandelsamts, welche die Ausfuhr feindlicher Waren aus holländischen und skandinavischen Häfen gestattet. Bekanntlich waren vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg in holländischen Häfen deutsche Chemikalien im Werte von vielen Millionen Dollar zum Versand nach Amerika aufgestapelt. Indessen setzte die britische Blockade so wirksam ein, daß diese mit Ausnahme der Ladung der „Deutschland“ im Werte von mindestens 5 Mill. Doll. nicht herübergelangen konnte. Die Firma Du Ponts, eine der größten Farbstofffabriken der Vereinigten Staaten, machte das Kriegshandelsamt nun darauf aufmerksam, daß obenerwähnte Verordnung eine Überschwemmung des Landes mit deutschen Farbstoffen zur Folge haben könne. Sie wies darauf hin, daß die Anordnungen des Verwalters feindlichen Eigentums zum Schutz amerikanischer Fabrikanten nicht ausreichen. Dieser habe nämlich nur verfügt, daß solche Farbstoffe, die Patentrechte von Amerikanern verletzen, in den Vereinigten Staaten nicht verkauft werden dürfen und sowohl Käufer wie Verkäufer straffällig würden. Dagegen ließe sich nun aber sagen, daß die in neutralen Ländern aufgespeicherten Chemikalien seit Abschluß des Ankaufs oder des Lieferungsvertrages theoretisch als in den Vereinigten Staaten befindlich anzusehen sind. Man könne daher behaupten, der Verwalter feindlichen Eigentums habe keine Rechtsgewalt über die betreffenden Vorräte, falls sie nicht ursprünglich nachweisbar an Untertanen des ehemaligen Kaisers gerichtet waren. („Oil, Paint and Drug Reporter“, New York, vom 14./4. 1919.)

**Australien.** Der Bericht der am 1./3. 1919 abgehaltenen Halbjahrsversammlung der Australian Sugar Producer's Association befaßt sich unter anderem mit dem Plane, die Bundesregierung um die Übernahme der australischen **Zuckerindustrie** in all ihren Zweigen zu ersuchen. Mit einer Ausnahme waren alle Anwesenden mit dieser Anregung einverstanden. Nach einer Erklärung des Vorsitzenden ist der Erste Minister völlig damit einverstanden, daß die Regierung die Kontrolle über die Zuckerindustrie übernimmt. Es wurde beschlossen, einen Ausschuß zu bevollmächtigen, mit der Regierung wegen Übernahme der Zuckerindustrie zu verhandeln; u. a. soll auch eine zuständige Rechtsbank regierungsseitig angewiesen werden, die Grundlagen für die Löhne, sowie für den Preis des Zuckerrohrs und Rohzuckers festzustellen. Dem „Melbourne Age“ zufolge trägt sich der Minister für Landwirtschaft mit dem Plane, an verschiedenen Stellen im Staate Victoria, in einem gewissen Abstände von der Rübenzuckerfabrik in Maffra gleichartige Betriebe einzurichten.

**Die Schweiz und die deutsche Chemie.** Prof. Fierz hatte vor kurzem dem Schweizer eine besondere chemische Begabung zugesprochen und daraus geschlossen, daß die chemische Industrie der Schweiz in Zukunft schweizerischen Charakter haben müsse, der in einer großen schweizerischen Interessengemeinschaft zum Ausdruck kommen sollte. Dagegen wendet sich Herr Dr. Winteler in Nr. 641 der „Neuen Zürcher Zeitung“ mit folgenden Feststellungen: „Die großen Namen im Lehrgebiet der Chemie an der Zürcher Eidgenössischen Technischen Hochschule waren und sind Deutsche. Zu nennen sind chronologisch Kopp, Bolley, Viktor Meyer, Lunge, Hantzsch, Bamberger, Willstätter sowie Heumann und Staudinger. An der Universität ist Werner auch kein Altschweizer. Ganze Generationen bedeutender deutscher Chemiker haben bei uns doziert, neben zwei Amerikanern Treadwell und Constam, ohne daß hervorragender schweizerischer Nachwuchs nachweisbar wäre. Gestehen wir das offen und ehrlich ein, denn auch auf elektrochemischem Gebiete ist und war der Unterricht in deutschen Händen (Lorenz, Bauer), was doch kaum möglich wäre, wenn Schweizer mit gleichen Fähigkeiten zur Verfügung ständen. Auch die schweizerische elektrochemische Industrie verdankt die Initiative ihrer Gründung größtenteils auswärtigem Unternehmungsgeist, und die führenden Geister sind auch heute kaum Schweizer. Die Initiative zur Gründung der Aluminium-Industriegesellschaft ist seinerzeit von Deutschen ausgegangen (Rathenau, Kiliani), die Lonza A.-G. verdankt ihre Entstehung den Schuckertwerken (Wacker, Koller), die Société d'Electrochimie in Vallorbe und Martigny ist französisch (Gall), die Nitrumwerke in Bodio sind eine deutsche Gründung (Konzern Griesheim-Elektron und Höchst), ebenso die Gotthardwerke (Weil, Reinhard), die Werke Gustav Weinmann haben deutsch-russischen Einschlag (Altschul). Einige wenige Werke sind schweizerisch wie in Turgi (Zai), Mels (Neher), Reichenbach (Zurlinden), Flums (Spörri), aber das sind eigentlich die Ausnahmen. — Auch die Studienarbeiten für die künftige volkswirtschaftliche Weiterentwicklung der industriellen Elektrochemie, für welche Fonds von Seiten der Aluminium-Industrie A.-G. (Technische Hochschule) und aus Kreisen der Berner Alpenbahn und Bernischen Kraftwerke (Universität Bern) zur Verfügung gestellt wurden, sollen von deutschen Professoren geleitet werden, und zwar von Prof. Baur (Zürich) und Prof. Kohlschütter in Bern, weil schweizerische Elektrochemiker, die wissenschaftliche und technische Befähigung nachweisen können, offenbar nicht aufzufinden sind. Diese Verhältnisse sind bedauerlich für den Maßstab, der an schweizerisches Können auf chemischem und elektrochemischem

Gebiete angelegt werden muß, vorausgesetzt, daß nicht eine andere Auslegung dieser verschiedenen Tatsachen möglich ist. Eine Nationalisierung der chemischen Industrie vom Personenstandpunkt aus steht also noch in weiter Ferne, ebenso eine solche vom Kapitalstandpunkt aus; mit diesen Tatsachen muß leider gerechnet werden.“

**Rußlands Bedarf an ausländischen Waren.** Einem Antrage des Kommissariats für Handel und Industrie zufolge hat die Hauptlederstelle eine Liste der für die Lederfabriken Rußlands aus dem Ausland einzuführenden Gerbstoffe, Farben und Paraffin für die nächsten 6 Monate aufgestellt. Die Liste enthält folgende Angaben: Mangroverinde 275 000, Mimosarinde 244 000, Valonen 62 000, Myrobalanen 62 000, Quebrachoeextrakt, hart 791 000, Kastanienextrakt, hart 61 000, Mangroveextrakt, hart 61 000, Paraffin 5000, Nigrosin 4000, Anilinfarben 3000 Pud. („Ekonomitscheskaja Shien“ vom 9./5. 1919.)

**Tschechoslowakischer Staat. Einfuhrbedürfnisse.** Es besteht besonderes Interesse an der Einfuhr von Magnesit, Terpentinöl, Harz, Gerbstoffextrakt, Phosphor, Schwefel und elektrotechnischen Artikeln. Die Mehrzahl der angeführten Gegenstände ist natürlich in Deutschland für die Ausfuhr nicht verfügbar, doch kämen wohl Gerbstoffextrakt und elektrotechnische Artikel für die Ausfuhr in Frage. („Nachrichten“ 127, 1919.)

### Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

**England. Erdölvorkommen.** Zum erstenmal wurde in England Erdöl von sehr guter Beschaffenheit und in großen Mengen schon bei der ersten Bohrung entdeckt. Seit einigen Monaten wurden auf Veranlassung von Lord Cowdray, dem Vorsitzenden der großen Bau-firma Weetman & Pearsons, Bohrungen in der Nähe von Chesterfield in Derbyshire versucht. Man stieß zum ersten Male in einer Tiefe von ungefähr 300 Fuß auf Öl. Es spritzte bis zu einer Höhe von 50 Fuß hoch und erreichte gestern eine solche von 400 Fuß. Amerikanische Bohrer erklären es für eine sehr gute Qualität. Bis jetzt ist erst die oberste Schicht erreicht, die Sand mit sich führt; doch hofft man, durch tiefere Bohrungen einen besseren Ausfluß zu erhalten. Dieses Erdöl, das unter großem Druck herausquillt, wurde direkt an der Stelle entdeckt, an der man es vermutete. Es riecht stark nach Paraffin und Benzin. Lord Cowdrays Firma arbeitet als Vertreterin für die Regierung. Die Bohrungsversuche wurden auf die von Lord Cowdrays gesammelten Auskünfte hin unternommen, die er der Regierung mitgeteilt hatte. Als Bedingung verlangte er für sich allein das Verleihungsrecht zu bohren. („Nachrichten“ 121, 1919.)

**Frankreich.** Im Jahre 1916 ist einem Lyoner Industriellen die Herstellung des bisher aus Deutschland und Österreich bezogenen **Cereisens** gelungen. Es werden jetzt in 5 Fabriken jährlich 24 000 kg Cereisen hergestellt und damit wird die Nachfrage auf dem französischen Markte gedeckt, eine weitere Fabrik ist im Bau. Es wird eine Ausfuhr des französischen Fabrikats in erheblichem Umfang in Aussicht gestellt. („Journal Français“ vom 21./5. 1919.)

**Italien.** Im Hinblick darauf, daß im Jahre 1922 die Konzession auf die Bergwerke auf Elba erlöschen wird, hat das Finanzministerium eine **technische Studienkommission** eingesetzt; sie soll untersuchen, ob die eigene staatliche Verwaltung angezeigt und möglich ist, daneben aber auch die Bedingungen aufstellen, unter denen bei einer etwa vorzuziehenden Verpachtung die Interessen des Staates und der italienischen Industrie sichergestellt würden. („Tribuna“ vom 14./5. 1919.)

**Tschechoslowakischer Staat. Neugründung.** In Karlsbad wurde eine neue Gesellschaft unter der Firma „Dreifaltigkeits-Kohlengewerkschaft Ges. m. b. H.“ mit einem Kapital von 300 000 Kr. gegründet.

**Rußland.** Im Yamburger und Peterhofer Bezirk des Petersburger Gouvernements sind **Brandschiefer- und Kalksteinlager** in Strecken von 80 Werst Länge und 5 Werst Breite bei 1 Faden Mächtigkeit des Flözes entdeckt worden. Bei der Station Weimar in der Nähe des Dorfes Blümbel wird jetzt eine Strecke von 4 Quadratwerst ausgebeutet und monatlich 28 Waggon Brandschiefer ausgeführt. Man beabsichtigt, die Ausbeute nach 6—8 Monaten auf 400 000 bis 500 000 Pud monatlich auszudehnen. Die im ganzen Gelände des Yamburger und Peterhofer Kreises vorkommende ungefähre Menge an Brandschiefer wird auf einige Milliarden Pud geschätzt. („Ekonomitscheskaja Shysn“ vom 9./4. 1919.)

## Aus Handel und Industrie Deutschlands.

### Aus der Kaliindustrie.

Der schon seit längerer Zeit in Vorbereitung befindliche **Arbeitgeberverband** für die Kaliindustrie (s. A. S. 392) ist, nachdem sämtliche Kaliwerke ihren Beitritt erklärt haben, nunmehr endgültig zustandekommen. („Kuxen-Zeitung.“)

Unter Mitwirkung des Syndikats ist in Staßfurt eine **chemisch-wissenschaftliche Anstalt** errichtet worden, der es obliegt, den Methoden zur Verbesserung und Ausdehnung der fabrikatorischen

Verarbeitung von Kaliprodukten in großem Stile nachzugehen. Der Vorsitz wurde dem Generaldirektor Dr. Veit von den Ver. Chemischen Fabriken Leopoldshall übertragen.

**Neuorganisation der Kaliwirtschaft.** In der Sitzung des Sachverständigenrats für die Kaliwirtschaft erläuterte der Vorsitzende zunächst die Bedeutung der vorgelegten Richtlinien, deren Neufassung durch die gelegentlich der Beratungen des Sachverständigenrats für die Kohlenwirtschaft gemachten Erfahrungen notwendig geworden war. Der neue Entwurf trägt dem Gedanken der Selbstverwaltung gegenüber dem ersten in erhöhtem Maße Rechnung. Der Reichskalirat und das Kalisyndikat als Vertriebsgemeinschaft erhalten die weitgehendste Freiheit in der Verwaltung der Kaliwirtschaft. Die bisherigen Organe des Kaligesetzes, die Verteilungsstelle und die Berufungskommission, verlieren ihren staatlichen Charakter und werden als Kaliberufungsstelle und Kaliprüfungsstelle dem Reichskalirat angegliedert. Anschließend erstattete der Geh. Oberregierungsrat Graefner einen Bericht über den vorgelegten Entwurf und die wirtschaftlichen Maßregeln, die durch die gegenwärtigen Verhältnisse der Kaliindustrie, insbesondere wegen der Bedeutung des neu entstandenen elsässischen Wettbewerbes geboten erschienen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. Die Arbeiten erfordern eine beschleunigte Behandlung, da die Vorschriften bereits Ende des Monats dem Staatsapparat zur Beschlussfassung zugehen sollen. („Köln. Ztg.“)

**Kalisyndikat.** Es lassen sich nunmehr genauere Ziffern über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kalisyndikats im Jahre 1918 zusammenstellen. Ende 1918 war die Zahl der mit einer gesetzlichen Beteiligungsziffer ausgestatteten Kaliwerke im Syndikat 210 (Ende 1917 209). Hiervon verfügten über endgültige Beteiligungen 155 (139) Werke. Es ergibt sich daraus, daß der Ausbau von Werken während des letzten Jahres trotz der vorhandenen Schwierigkeiten immerhin beträchtlich vorangeschritten ist. Insgesamt war der Absatz des Kalisyndikats 10,02 (10,04) Mill. dz  $K_2O$ , nachdem er sich in Friedensjahren jährlich um durchschnittlich 10% erhöht hatte. Im Jahre 1918 hatten die ersten 10 Monate eine gewisse Steigerung erbracht, doch dann in den beiden letzten Monaten infolge des allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruches einen Niedergang gezeigt, der bewirkte, daß auch im Jahre 1918 der Absatz des letzten Friedensjahres 1913 nicht erreicht werden konnte. Im Jahre 1913 war der Absatz 11,10 Mill. dz  $K_2O$ . Die Kalipreise waren 1918 höher als 1917, nachdem mit Wirkung ab 15./7. 1918 die bekannten Preiserhöhungen in Kraft getreten waren. Die Erlöspreise gingen auch über die des letzten Friedensjahres hinaus, wobei aber bemerkt wird, daß die Steigerung aller Betriebsausgaben bei weitem größer war, so daß die Hinaufsetzungen der Preise in den Kreisen der Industrie als durchaus genügend bezeichnet werden. Es mag hier angeführt werden, daß die Kalipreise des Gesetzentwurfes über die Kalisozialisierung weitere fühlbare Preisteigerungen, wenn auch nicht im Rahmen der Forderungen der Industriellen, vorsehen. Im Werte stellte sich der Kaliabsatz in 1918 auf 288 Mill. M und geht damit um die an sich beträchtliche Summe von 57,40 Mill. M über den Wert des Absatzes im Jahre 1917 (230,60 Mill. M) hinaus. Im Jahre 1919 hat, wie bisher bekanntgeworden ist, das Geschäft des Kalisyndikates einen unbefriedigenden Verlauf genommen. Die Streiks, die Kohlenknappheit, Rückgang der Arbeitsleistung, Lohnsteigerungen und Ausführhemmungen wirkten scharf ein, so daß in den ersten 4 Monaten 1919 bei den meisten Werken mit erheblichen Verlusten gearbeitet worden sein dürfte. Einer der großen Konzerne weist darauf hin, daß der Absatz des Kalisyndikats bisher nur wenig über die Hälfte der gleichen Zeit des Jahres 1918 erreicht habe. In einer im April abgehaltenen Gesellschaftsversammlung des Kalisyndikats war mitgeteilt worden, daß im ersten Quartal 1919 nur knapp 1,20 (3) Mill. dz Reinkali abgesetzt werden konnten, mit einem Absatzwert von 35 (77) Mill. M. („Frkf. Ztg.“)

**Die deutschen Kaliunternehmen im Elsaß.** In der außerordentlichen Hauptversammlung der Kaliwerke Sankt Theres, A.-G., in Mülhausen i. E. wurde beschlossen, das Aktienkapital, das bisher 8 Mill. M betrug, in 10 Mill. Fr. umzuwandeln. Die Verwaltung beabsichtigt die Errichtung einer neuen Doppelschachtanlage. Zu diesem Zweck ist der Aufsichtsrat ermächtigt worden, eine Anleihe von 20 Mill. Fr. auszugeben. Die Anleihe wird von einer französischen Bankengruppe übernommen. Die französische Regierung hat weiter angeordnet, daß die im Jahre 1915 auf Grund der Bestimmungen über die deutschen Vergeltungsmaßnahmen vorgenommene Zwangsliquidation des französischen Aktienbesitzes an dieser Gesellschaft für ungültig erklärt wird. — Was aus den übrigen deutschen Kaliunternehmen im Elsaß werden wird, ist noch unbestimmt. Die Franzosen beabsichtigen die Gründung einer großen Kaligruppe, in der die Mehrzahl der Werke aufgehen soll. Es kommen dabei in erster Linie in Betracht die Tochterunternehmen der Deutschen Kaliwerke A.-G., die Gewerkschaften Amélie, Else, Josef, Max, Marie, Marie Luise und Anna, von denen die deutschen Kaliwerke die Mehrheit besitzen. Die Gründung der französischerseits angebahnten Gruppe soll in Form einer großen Aktiengesellschaft erfolgen, deren Gesellschaftskapital mit etwa 50 Mill. Fr. in Aussicht genommen ist. Die Auseinandersetzung mit

den deutschen Interessentengruppen dürfte in diesem Falle durch die Reichsregierung erfolgen. („Frkf. Ztg.“)

**Kaliwerke Niedersachsen zu Wathlingen Aktiengesellschaft.** Der Absatz an Kalisalzen betrug in 1918 2614 dz  $K_2O$  Hartsalz, 15 033 dz  $K_2O$  20% Kalidüngesalz, 6514 dz  $K_2O$  40% Kalidüngesalz, 3648 dz  $K_2O$  38% Kalidünger, 55 316 dz  $K_2O$  Chlorkalium, zusammen 83 125 dz  $K_2O$  gegen 66 595 dz  $K_2O$  im Vorjahr. Der Betriebsüberschuß aus dem Verkauf von Kalisalzen und Nebenerzeugnissen beträgt 2 666 673 (1 043 582) M. Es bleibt ein Rohgewinn von 849 057 (652 064) M, der, wie im Vorjahr, zu Abschreibungen verwandt wurde. Für das laufende Jahr sind die Aussichten außerordentlich ungünstig.

Die Kaliwerke Adolfs-Glück erzielten nach Abschreibungen von zusammen 403 791 M einen Gewinn von 43 186 M, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Die Kaliwerkschaft Braunschweig-Lüneburg erzielte 2 404 040 (943 666) M Gesamtüberschuß. Nach Unkostendeckung und Abschreibungen verbleibt ein Reiniüberschuß von 108 000 M, wodurch sich der Verlust auf 377 721 M vermindert.

## Chemische Industrie.

**Bayerische Aktiengesellschaft für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate in Heufeld.** Nach Abschreibungen von 56 610 (70 373) M ergibt sich ein Reingewinn von 143 192 (340 984) M, Dividende 7%.

**A.-G. Konsolidierte Alkaliwerke zu Westeregeln.** Der Geschäftsbericht für 1918 bemerkt, daß im April 1919 noch unerledigte Aufträge über 175 000 Eisenbahnwagen allein für das Inland beim Kalisyndikat vorlagen. Wenn die Gesellschaft trotzdem noch ihre Dividende aufrechterhalten konnte, verdanke sie das vor allem der Verwertung von günstig zu Buch stehenden Lagerbeständen in Kalifabrikaten. Im neuen Jahr war die Geschäftsentwicklung bisher wenig erfreulich, die Lieferungen an die deutsche Landwirtschaft nach wie vor mit Verlust verbunden und größere Auslandsverladungen bisher nicht möglich. Von der neuen Regelung der Kaliwirtschaft befürchtet die Verwaltung, daß der Reichskalirat nach der Art seiner ganzen Zusammensetzung auf die großen kaufmännischen Aufgaben bei der Ausfuhr, insbesondere bei der Bekämpfung des ausländischen Wettbewerbs, wenig Interesse aufbringen werde. Nach 965 435 (799 735) M Abschreibungen, einschließlich 121 649 (113 815) M Vortrag, 2 537 912 (2 078 177) M Reingewinn, Dividende  $4\frac{1}{2}\%$  (wie i. V.).

**A.-G. Slegener Dynamit-Fabrik in Köln.** Die Verrechnung mit der Köln-Rottweil-A.-G. ergab eine Einnahme von 81 909 (i. V. 125 106) M, Abschreibungen 1500 (15 500) M. Aus dem Gewinn von 80 409 (109 605) M sollen 8 (16)% Dividende verteilt werden. Nach dem Geschäftsbericht der zur Gruppe Köln-Rottweil-A.-G. gehörenden Gesellschaft war das Ergebnis der Dynamitfabrik Förde nicht befriedigend. Die dauernde Steigerung der Rohstoffpreise hielt an, während die Verkaufspreise nicht erhöht werden konnten, so daß ein bilanzmäßiger Verlust von 244 073 M zu verzeichnen ist.

**Sprengstoff-A.-G. Carbonit in Hamburg.** Der Wiederaufbau, verursacht durch eine Explosion, erforderte recht beträchtliche Aufwendungen, die aus laufenden Mitteln bestritten wurden. Nach auf 1 900 704 (489 491) M erhöhten Abschreibungen verbleiben 433 333 (582 456) M Reingewinn, Dividende  $12\frac{3}{4}\%$  (17)%. Man hofft, neben der Weiterentwicklung der bewährten Sprengstoffherzeugung die Herstellung anderer Erzeugnisse aufnehmen zu können. Die Firma wurde in Carbonit-A.-G. umgeändert und der Gegenstand des Unternehmens dahin erweitert, daß auch die Herstellung von Waren aller Art und Handel mit diesen gestattet wird.

## Tagesrundschau.

Das italienische Verlagshaus „La Stampa Commerciale“ bereitet auch für 1919 die Ausgabe des Jahrbuchs „Gli Annali delle Industrie Chimiche ed Estrattive Italiane“ vor und fordert die interessierten Firmen der chemischen und der Bergwerksindustrie auf, Angaben und Daten einzusenden. („Sole“ vom 17./5. 1919.)

Der Verwaltungsrat der Vereinigung zur Veranstaltung von Jahresmessen in den Niederlanden gibt bekannt, daß die 4. Niederländische Jahresmesse in Utrecht vom 23./2. bis 7./3. 1920 abgehalten werden soll. Auch diese Messe wird, wie ihre drei Vorgängerinnen, streng nationalen Charakter tragen. Damit sind die auf eine Internationalisierung der Messe gerichteten Bemühungen als gescheitert anzusehen.

## Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Dr. Sig. Bein, Berlin, ist für den Bezirk der Potsdamer Handelskammer und Dr. Ad. Gilbert für den Bezirk der Handelskammer in Hamburg als Handelschemiker angestellt worden.

Zum Geschäftsführer wurde bestellt: H. Wolffsohn, Charlottenburg, bei der Chemikalienfabrik Salwo G. m. b. H., Adlershof.

Prokura wurde erteilt: Chemiker F. Klingemann, Dr. G. Kalischer, Fechenheim, Dr. L. Benda und Dr. R. Herz, Frankfurt a. M., bei der Fa. Leopold Cassella u. Co. G. m. b. H. in Frankfurt a. M.; A. von Lojewski, E. Lickert und E. Scherer Neustadt, bei der Fa. „Holzzellstoff- und Papierfabriken-A.-G. in Neustadt i. Schw.“.

## Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

### Verein deutscher Eisenhüttenleute.

Hauptversammlung zu Düsseldorf am 11./5. 1919.

Der Vorsitzende, Generaldirektor A. Vögler aus Dortmund, ging zunächst auf das ein, was heute das ganze deutsche Volk auf das tiefste bewegt. Als die Einladung zur Hauptversammlung erging, waren die Friedensbedingungen des Feindes noch unbekannt, heute liegen sie vor. Sie übertreffen in ihrer vernichtenden Grausamkeit alle Befürchtungen, obwohl weiten Schichten des Volkes schon zum Bewußtsein gekommen war, daß der Wilsonsche Rechtsfriede nur ein Mantel für brutalen Gewaltfrieden sein würde. Für die Bedingungen fehlt in der menschlichen Sprache das Wort. Restlose Vernichtung soll das Los des deutschen Volkes sein. Nie und nimmer wird ein Siebzug-Millionen-Volk das über sich ergehen lassen. Haß und Rachsucht sind schlechte Berater. Wir wollen die Hoffnung noch nicht verloren geben, daß die einseitigen Verhandlungen auf beiden Seiten das Schlimmste zu verhüten werden wissen. Der Traum von deutscher Größe ist vorbei, aber man darf erwarten, daß uns so viel verbleibt, daß das Leben noch lebenswert ist, daß es noch einen Sinn hat, an die Arbeit der kommenden Zeit zu denken.

Sodann berichtete der Vorsitzende über die Vereinstätigkeit im Jahre 1918:

Die Mitgliederzahl hat sich von 6155 auf 6443 erhöht. Die Vereinszeitschrift ist im gleichen Umfang wie im Vorjahr erschienen. Auf die Tätigkeit der Fachausschüsse hat leider der lange Krieg seinen störenden Einfluß stark geltend gemacht. Doch konnte die Hochofenkommission u. a. die Fragen der Verwendung der *Hochofenschlacke* weiter behandeln. Die Tätigkeit der Stahlwerkskommission galt zunächst der wichtigen *Manganfrage*; ein neues Arbeitsgebiet wurde der Kommission durch die Einführung der Gewinnung von *Urteer* als Nebenerzeugnis bei Gaserzeugeranlagen erschlossen, da es sich unter dem Kriege als notwendig erwiesen hatte, nach neuen Quellen für Schmiermittel zu suchen. Auch die Arbeiten der Chemikerkommission, der Rechtskommission, der Ausschüsse auf dem Gebiete des Gießereiwesens usw. konnten in dem bisherigen Rahmen fortgeführt werden. Eine besondere Maschinenkommission wurde neugebildet. Außerdem sind in der Walzwerkskommission eine Reihe wertvoller Berichte erstattet worden. Ferner wurden die Vorbereitungen getroffen, um auch von sämtlichen anderen Kommissionen im Laufe der nächsten Monate Sitzungen mit reichhaltigen Tagesordnungen abzuhalten.

Für die Zukunft außerordentlich wichtig erscheint die schon früher berührte Frage der Normalisierung von Eisen und Stahl, sowie von Fertigerzeugnissen der Eisenindustrie und namentlich der Maschinenindustrie. Der Verein hat daher im Normenausschuß der deutschen Industrie seine Mitarbeit in vollem Umfange zugesagt.

Die Kohlenbeschaffung, die schon in den ganzen letzten Kriegsjahren mit großen Schwierigkeiten kämpfen mußte, hatte auch weiterhin unter dem Zurückgehen der Leistungen der Bergarbeiter, der Einstellung ungeschulter Arbeitskräfte, Störungen der Transportverhältnisse usw. sehr zu leiden. Nicht ganz so ungünstig war in den letzten Jahren und auch im Berichtsjahre die Versorgung mit Eisenerzen und manganhaltigen Erzen.

Die für die Stahlwerke erforderlichen Mengen an Aluminium konnten sichergestellt werden dank Mitwirkung der beim Verein eingesetzten Aluminiumkommission. Dagegen stiegen die Schwierigkeiten in der Versorgung der Stahlwerke mit Magnesit und Magnesitsteinen fortdauernd und haben allmählich einen besorgniserregenden Umfang angenommen, nachdem die österreichischen Erzeugungsstätten infolge Kohlenmangels seit längerer Zeit außer Stand gesetzt sind, noch weiter zu liefern.

Die Lieferung von Schmiermitteln an die Werke konnte dank der Bemühungen der Beratungs- und Freigabestelle für Schmiermittel sichergestellt werden. In ähnlicher Weise ließ sich auch der Bedarf der Werke an Ledertreibriemen und technischem Leder decken, wenn auch in vielen Fällen auf Zellstoffriemen als Ersatz zurückgegriffen werden mußte.

Der Mangel an Sparmetallen machte sich im letzten Jahre immer schärfer bemerkbar; seit Ende 1918 wurde die Geschäftsstelle des Vereins mit der Überwachung und der Ausstellung von entsprechenden Bezugsanteilscheinen betraut. Weiterhin hat sich die Geschäftsstelle beschäftigt mit der Bewirtschaftung von Leim-, Gummi- und Asbestserzeugnissen und der Verteilung von Kupfervitriol, Carbid und chemischen Reagenzien.

Seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges mußte der Verein sich mit Beschleunigung wieder auf die früheren Friedensarbeiten umstellen. Vor allem gilt es, die zahlreichen Schäden gutzumachen, die der Krieg mit sich gebracht hat, und nach dieser Richtung war eine der Hauptsorgen, wie auch schon stets früher, die Frage der Ausbildung des eisenhüttenmännischen Nachwuchses. Im Verlauf der einschlägigen Beratungen im Deutschen Ausschuß für technisches Schulwesen ist man dabei zu der Ansicht gekommen, daß den Studierenden für die Übergangszeit am ehesten zu helfen sei durch Einschränkung der praktischen Tätigkeit, durch eindringlichere Gestaltung des Unterrichtes, durch Einschlebung von Zwischensemestern und durch eine gewisse freiere Handhabung der Prüfungsordnungen.

Wie der Redner daran anschließend noch besonders betonte, zwingt die völlig veränderte Wirtschaftslage in Verbindung mit der politischen Umwälzung unsere Hochschulen, stärker als bisher am öffentlichen Leben Anteil zu nehmen, müssen die Lehren von den Grundlagen unserer Wirtschaft, von den treibenden Kräften und den Zusammenhängen des industriellen Lebens den Unterricht durchdringen, müssen Wirtschafts- und Menschenkunde seine Grundpfeiler werden. Wenn dabei im Sinne eines Riedler und Matschoß die allzu einseitige Fachausbildung der Studierenden zurücktritt, wenn Zeit und Kraft der Jugend gespart werden, weil sie nicht mehr fürs praktische Leben umzulernen braucht, so wird die Eisenindustrie dies nicht bedauern.

Zum Schlusse streifte der Redner noch kurz den Stand der Arbeiten für das Institut für Eisenforschung. Endgültiges über den zukünftigen Standort des Institutes ist noch nicht beschlossen worden; jedoch wurden die wissenschaftlichen Arbeiten von den zur Zeit vorhandenen Kräften vorläufig schon im Eisenhüttenmännischen Institut der Aachener Technischen Hochschule aufgenommen.

Sodann gab Generaldirektor A. Vögler eine Reihe von Gedanken wieder, die sich mit der jüngsten Vergangenheit unserer deutschen Eisenindustrie und Fragen, die diese Industrie voraussichtlich in der nahen Zukunft bewegen werden, näher beschäftigen.

Beginnend mit dem Hinweise, daß von dem Zusammenbruche, der das einst so stolze deutsche Wirtschaftsgebäude durch den unglücklichen Ausgang des Krieges vernichtet hat, mit am schwersten wohl die deutsche Eisenindustrie betroffen worden ist, schilderte er kurz an Hand einiger Zahlen den glänzenden Aufstieg, den diese Industrie seit der Reichsgründung dank der zielsicheren praktischen Arbeit des deutschen Technikers, der Anpassungsfähigkeit des gut veranlagten deutschen Arbeiters und der Unermüdlichkeit des Schaffens aller Beteiligten genommen hatte, und behandelte dann ausführlicher die trotz aller erschwerenden Umstände so hohen Leistungen der Eisenindustrie während des Krieges. Rohstoffmangel, ungeübte Arbeitskräfte, Ersatzstoffe und daneben die dauernde, durch den verhängnisvollen Aberglauben an die bürokratische Organisationskunst großgezogene Einmischung der Kriegoorganisationen kennzeichneten die Schwierigkeiten, die zu beheben dem Techniker leider unmöglich gemacht wurde. Diese bitteren Lehren des Krieges, aber auch die vielseitigen Erfahrungen, müssen für den Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Trümmerhaufens verwertet werden; vor allem in dem Sinne, daß die Werke ebenso erfreulich wie im Kriege, ohne zu ängstliche Wahrung ihrer Betriebsgeheimnisse weiterhin eng zusammenarbeiten; der gesunde Fortschritt darf nicht gehemmt werden.

Der Redner besprach dann die Gründung des Stahlbundes und die Frage der Sozialisierung vom Standpunkt des Technikers aus, wobei er mit guten Gründen bezweifelte, ob gerade die Sozialisierung, wie ihre Verfechter hoffen, die Leistung erhöhen und die Erzeugung verbilligen wird. Einem gesunden Sozialismus widerstrebt auch die Eisenindustrie nicht, nur soll er auf dem Boden des organisch Gewordenen sich aufbauen, zumal da selbst während des Krieges keine, größeren Erfolg versprechenden Formen der Wirtschaft aufgetaucht sind. Erst der Umsturz brachte die Maschine ins Stocken; es gilt, sie schleunigst wieder in Gang zu bringen. Die Arbeitnehmer drängen nach stärkerer Beteiligung an den Erträgen der Werke. Das Problem beschäftigt die beteiligten Arbeitgeber schon lange; fest umrissene Vorschläge sollen demnächst den Forderungen auf der einen, der Möglichkeit der Erfüllung auf der anderen Seite Rechnung tragen.

Mit Gewalt drängt auch die Frage der Betriebsräte zur Lösung. Sie wird erschwert durch die bedauerliche Tatsache, daß bei der raschen Ausdehnung der deutschen Industrie, mit dem Übergange der Arbeiter aus dem Volke der Ackerbauer und Handwerker in die Industrie, deren führende Männer trotz aller Sorge für das leibliche Wohl der Arbeitnehmer den inneren Zusammenhang mit ihnen nicht genügend wahrten, daß beide immer mehr auseinanderlebten. Es fehlte den Arbeitern an den Aufklärungen über das Geleistete, an Belehrung über die wirtschaftlichen Zusammenhänge. So verfielen die Arbeiter einseitiger parteiischer Beeinflussung, und jetzt, wo die Führer auf beiden Seiten als einziges Ziel die Vereinigung aller Kräfte erstreben, versagen die Geführten die Gefolgschaft.

Daß für den schwierigen Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Kriege die Arbeitnehmer in ganz anderem Maße als bisher zur Gemeinschaftsarbeit herangezogen werden müssen, war weiten Kreisen

der Unternehmer schon vorher klar. Aber während die Unternehmer der politischen Seite des Staatslebens ferngestanden und keinen Anteil an der Verwaltung des Landes genommen hatten, drängt jetzt die Arbeiterschaft über die Köpfe der Unternehmer hinweg zur Mitarbeit und Mitverwaltung. Sie aufzunehmen, fehlt der Rahmen. Nun hatten aber schon früher die organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Weg der Selbsthilfe betreten und bildeten die Arbeitsgemeinschaft, in der sie gemeinsam ihre wirtschaftlichen Interessen beraten und vertreten wollen. Den aus beiden Lagern erhobenen Vorwurf, daß die Arbeitsgemeinschaft ein Kind der Revolution sei, wies der Redner, mit dem Hinweis auf seine vorjährigen Äußerungen über den Weg zur Lösung der sozialen Probleme, wirksam zurück und behandelte dann des Näheren die Aufgabe, wie die Arbeiterräte, die von den Arbeitnehmern als besondere Errungenschaft der Revolution angesehen werden, mit den Arbeitsgemeinschaften, die ja ausschließlich mit den Gewerkschaften geschlossen sind, in Einklang gebracht werden können. Den Gewerkschaften, die bisher nur einseitig die Arbeiter vertraten, fehlt dazu einstweilen noch der enge Zusammenhang mit den Werken selbst. Es müßte also versucht werden, ob nicht eine Verbindung zwischen Gewerkschaft und Betriebsrat der Werke jenen fehlenden wirtschaftlichen Stützpunkt bilden kann, damit die Gewerkschaft gleich den Organisationen der Arbeitgeber im einzelnen Werke fußt. So soll allmählich in systematischer Arbeit aus jedem Werke eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet werden, die, ohne daß sie den Unterschied zwischen Führern und Geführten beseitigt, das Gefühl des Arbeitens der einen Klasse nur für die andere schwinden läßt und an seine Stelle die Überzeugung setzt, daß die gemeinsame Arbeit aller auch allen zu Nutz und Frommen ist. Wenn demgegenüber die radikalen Elemente, pochend auf das zahlenmäßige Übergewicht der Handarbeiterschaft, eine gleiche Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie die Arbeitsgemeinschaft vorsieht, ablehnen und bewußt die Diktatur der Arbeiter fordern, so übersehen sie, daß es hier nicht auf das Zahlenverhältnis ankommt, sondern auf den Ausgleich der Gegensätze zwischen den Trägern der Wirtschaft, den Hand- und den Kopfarbeitern; nur das heilsame Gleichgewicht beider Kräfte verbürgt ersprießliche Arbeit.

Diese muß sich in der deutschen Eisenindustrie, die mit dem Fortfall großer Erzeugungsbezirke zu rechnen hat, mehr als bisher auf Veredelung und Verfeinerung der Erzeugnisse werfen, wenn unsere Arbeitermassen lohnende Arbeit finden sollen, damit nicht durch Auswanderung nach den Verlusten des mörderischen Krieges noch weiter bestes Menschentum dem Lande verlorengeht.

Der Vorsitzende gab sodann bekannt, daß der Vorstand des Vereins beschlossen habe, Herrn Hüttendirektor a. D. Georg Jantzen zu Gießen die, diesmal in Eisen ausgeführte, Carl-Lueg-Denk Münze zu verleihen.

#### Kurzer Auszug aus dem Vortrage *Die Reichseisenbahnen*.

Regierungsrat R. Quatz, Köln, sprach über „*Die Reichseisenbahnen*“.

Der Redner stellte als Leitsatz auf, daß die Vorbedingung für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens der Wiederaufbau unseres Verkehrswesens sei. Dieser müßte mit den denkbar geringsten Mitteln erfolgen. Deshalb müsse jede Zersplitterung vermieden werden. Deutschland müsse ein einheitliches Verkehrsgebiet bilden.

Redner gab sodann einen Rückblick auf die Geschichte des Reichseisenbahngedankens und ging sodann auf die Beschlüsse des Verfassungsausschusses in Weimar ein. Er bezeichnet es als hoch erfreulich, daß Bayern anscheinend seinen Widerstand gegen den Reichseisenbahngedanken aufhebe, und daß man in Weimar den Eisenbahnen in ihrer Verfassung künftig die unbedingt notwendige Bewegungsfreiheit zugestehen wolle.

Die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Reich und den Bundesstaaten sei nicht leicht. Indessen seien hierfür verschiedene Wege gegeben, die der Redner im einzelnen andeutete. Wesentlich erleichtert werde die Auseinandersetzung und das ganze Übernahme-geschäft, wenn das Reich die Eisenbahnen sofort zu getreuen Händen, zunächst für Rechnung der Eigentümer in seine Verwaltung, übernehme.

Sodann machte der Redner eingehende Organisationsvorschläge.

Der allgemeine Verkehr sei von dem Lokalverkehr zu trennen. Dies könne den einzelnen Verwaltungen, in Preußen besonders den provinziellen Einrichtungen, überlassen werden.

Der allgemeine Verkehr dagegen müsse künftig ausschließlich den Reichseisenbahnen zufallen. Ihre Organisation müsse der notwendigen Einheit Rechnung tragen, dabei aber aus politischen wie aus fachtechnischen Rücksichten eine weitgehende Zentralisation vorsehen. Die Wirtschafts- und Buchführung müsse kaufmännisch geordnet, klar und übersichtlich sein, die Verwaltung nach rein sachlichen Rücksichten, unbeeinflusst von politischen und unverantwortlichen Einflüssen, geführt werden.

Demgemäß schlug der Redner die Verwaltung der Reichsbahnen durch eine Gesellschaft des öffentlichen Rechts (Reichseisenbahngesellschaft) unter Aufsicht des Reiches vor, deren Organisation er des Näheren behandelte.

Für die Betriebsverwaltung bezeichnete er eine Zusammenfassung der deutschen Wirtschaftsgebiete zu Generaldirektionen als erforderlich. Diese seien mit weitgehender Selbständigkeit auszustatten. Ihnen würde ein Landeseisenbahnrat mit Vertretern des Wirtschaftslebens, des politischen Lebens und der Angestellten zur Seite stehen.

Für die örtliche Betriebsverwaltung schlug er eine wesentlich vereinfachte Verwaltung vor und gab einen Abriß, wie in Preußen die Verwaltung des Lokalbahnwesens neben den Reichseisenbahnen durch besondere Landeskleinbahngesellschaften nach belgischem Muster zu denken sei.

Am Vorabend hatte die 27. Versammlung deutscher Gießereifachleute stattgefunden.

Es sprachen Oberingenieur C. Treuheit, Elberfeld „*Aus der Praxis der Kleinbessemerie*“. Nach ihm sprach Dr.-Ing. L. C. Glaser, Berlin, über „*Die metallurgischen Vorgänge beim sauren und basischen Windfrischverfahren (einschließlich des Kleinbessemeriebetriebes) auf Grund spektralanalytischer Beobachtungen*“.

Der Vortragende berichtete an Hand von Lichtbildern zusammenfassend über Betriebs- und Laboratoriumsversuche, die zum Zwecke der Nutzbarmachung der Spektralanalyse bei der Betriebsführung in den Stahlwerken vorgenommen wurden. In der Einleitung des Vortrages entwickelte er die physikalischen Grundlinien der Spektralanalyse und legte kurz die Geschichte der Anwendung des Spektroskops bei dem Windfrischverfahren dar. Für die eigenen Untersuchungen wurde ein photographisch registrierender Spektralapparat von großen Abmessungen gebaut, der es ermöglichte, das verhältnismäßig schnell wechselnde Spektrum der Flamme der bläsenden Birne zu untersuchen und die Änderungen photographisch festzulegen. Eingehende Laboratoriumsversuche wurden zur Aufklärung des Spektrums der Birnenflamme unternommen und die Birnenflamme mit Spektren verglichen, wie sie im Laboratorium im elektrischen Lichtbogen oder in der Gas- oder Gebläseflamme erhalten werden konnten.

Die metallurgische Grundlage des Windfrischverfahrens wurde sowohl in der bodenblasenden als auch in der oberflächenblasenden Birne (Kleinbessemerie) mit saurer und basischer Ausmauerung in Bezug zu den Vorgängen gebracht, wie sie im Spektroskop zu beobachten sind. Es wurde ferner eine eingehende Erklärung für das Auftreten des Spektrums der Birnenflamme gegeben, das im wesentlichen das Spektrum des verbrennenden Mangandampfes ist. Durch die Versuche wurde nachgewiesen, daß der alte Widerspruch, ob die kennzeichnenden Linien und Bänder im Grün auf Mangan oder Kohlenstoff zurückzuführen sind, nicht mehr aufrechtzuerhalten ist, da beide mit Sicherheit nebeneinander bestehen können, während es eine Erfahrungstatsache ist, daß farbige, metaldampfhaltige Flammen fast ausschließlich durch den Metaldampf und nicht durch brennende Kohlenwasserstoffe oder Kohlenoxyd beeinflusst werden. Dem Metaldampf kommt in der kohlenwasserstoff- oder kohlenoxydhaltigen Flamme eine starke Leuchtkraft im Vergleich zu der reinen kohlenwasserstoff- oder kohlenoxydhaltigen Flamme zu. Wiederum ist zu beachten, daß eine Ausstrahlung von Metaldampf nur durch die Reduktion von Metallen in der Flamme stattfinden kann, so daß das mehr oder weniger starke Auftreten eines Metaldampfspektrums in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Anteil der Flamme an reduzierenden Stoffen, wie Kohlenwasserstoffen oder Kohlenoxyd, steht.

Die praktische Nutzenanwendung hiervon ist bei der Flamme der Bessemerbirnen zu machen. Es ist möglich, nach dem Verschwinden bestimmter Liniengruppen des Manganspektrums auf den Kohlenstoffgehalt des Bades zu schließen und durch Abstellen des Gebläsewindes im entsprechenden Augenblick den metallurgischen Vorgang zu beenden und nach allgemeinen Gesichtspunkten, nach der Helligkeit, der Stärke und dem Auftreten oder Verschwinden der Spektrallinien und Spektralbänder, auf den Temperaturverlauf des Vorganges zu schließen. Man ist daher in der Lage, beim sauren Verfahren sowohl in der bodenblasenden als auch in der oberflächenblasenden Birne (Kleinbirne) die Herstellung von Qualitätsmaterial zu überwachen. Man kann das Überblasen einer Charge vermeiden, da sofort, wenn eine überschüssige Menge Sauerstoff in der Flamme vorhanden ist, keinerlei Linienspektrum mehr erscheint. Durch das Verfahren, nach dem Spektroskop Chargen „abzufangen“, ist man in der Lage, an desoxydierenden Zuschlägen zu sparen und den Abbrand zu vermindern. Bei dem basischen Windfrischverfahren, dem Thomasprozeß, ist es möglich, neben allgemeinen Rückschlüssen auf den Gang der Charge, den genauen Beginn der stärksten Entphosphorung festzustellen, da diese im allgemeinen erst besonders stark nach der Abscheidung des Kohlenstoffs beginnt.

Den beiden Vorträgen folgte auf Grund der Tagesordnung eine zwanglose, durch einen von Dr.-Ing. R. Durrer vorgetragenen Bericht der Geschäftsstelle des Vereins deutscher Eisenhüttenleute eingeleitete *Aussprache über Brüche von Gießpfannengehängen*.

Die Erörterung rief erfreulicherweise eine Reihe von Auslassungen hervor, die dazu beitragen dürften, allmählich weiteres Licht über Vorgänge zu verbreiten, die als äußerst störend seit Jahrzehnten im Gießereibetriebe empfunden werden und die zu beseitigen oder doch auf ein erträgliches Maß zu beschränken jeder Gießereibetriebsleiter alle Veranlassung hat.